BRISANT Schweizerzeit

Der aktuelle Freitags-Kommentar
6. November 2026

Machen Sie mit:
>> Spenden
>> Schweizerzeit-Magazin abonnieren

Durchgreifen statt abwarten!

Im Keim ersticken – bevor Zürich brennt wie Paris

von Andreas Glarner, Nationalrat und Unternehmer, Oberwil-Lieli AG

Die Bilder gleichen sich auf beklemmende Weise. In Paris setzt die Polizei Tränengas ein, in Frankreich werden an einem einzigen Tag fast achthundert Personen festgenommen. In Frankfurt fliegen Brandsätze auf Einsatzkräfte, Schaufenster gehen zu Bruch, Geschäfte werden geplündert. Und in der Halloween-Nacht brennt es im Zürcher Kreis 4: Vermummte errichten Barrikaden, zünden Container und Autos an, werfen Steine, Flaschen und Pyros auf die Polizei.

Als Polizisten einem verletzten Jugendlichen helfen wollen, geht ein Mob auf sie los. Auch in Basel brennen Container. Wer geglaubt hat, die Schweiz sei eine Insel, ist eines Besseren belehrt worden.

Man kann über die Sorgen der jungen Generation reden: Über Wohnungsnot, Altersvorsorge, unsichere Zukunft. Man soll es sogar! Aber wer Schaufenster einschlägt, Läden plündert und Feuer legt, protestiert nicht. Er begeht Straftaten. Selbst Beobachter, die den Anliegen der Jugend wohlgesinnt sind, räumen ein, dass die Kundgebungen von Leuten gekapert wurden, die gezielt die Gewalt suchten. Fachleute warnen bereits, Krawalle würden zum Event. Genau darin liegt die Gefahr: Bleibt die erste Krawallnacht folgenlos, wird sie zur Einladung für die nächste.

Die Leidtragenden sind immer dieselben. Der Ladenbesitzer, dessen Existenz in einer Nacht zerstört wird. Die Anwohnerin, die sich abends nicht mehr auf die Strasse traut. Und die Polizistin, der Sanitäter, der Feuerwehrmann, die angegriffen werden, während sie für unser aller Sicherheit den Kopf hinhalten.

Hinzu kommt ein Schaden, der sich nicht in Franken beziffern lässt: Das Vertrauen. Wenn Geschäfte ihre Schaufenster vor Kundgebungen vernageln müssen und Familien das Stadtzentrum meiden, erodiert die Gewissheit, dass hier Recht und Ordnung gelten.

Null Toleranz – ab der ersten Minute

Diese sinnlose Gewalt muss im Keim erstickt werden. Für Leute, die an unbewilligten Demonstrationen teilnehmen, Läden plündern, Barrikaden errichten und Container anzünden, darf es keine Toleranz geben – nicht in der ersten Nacht und nicht in der zehnten. Die oft beschworene Deeskalation darf nicht länger bedeuten, dass man Randalierern die Strasse überlässt und den Schaden am nächsten Morgen zusammenwischt. Wer nachgibt, ermutigt.

Die Stadtpolizei Zürich sieht sich nach dieser Nacht erneut dem Vorwurf ausgesetzt, nicht hart genug durchgegriffen zu haben. Dieser Vorwurf trifft aber nicht in erster Linie die Frauen und Männer an der Front. Er trifft jene, die ihnen Auftrag, Mittel und Kompetenzen geben – oder eben verweigern.

Wer sich vermummt, wird verhaftet

Und dann ist da die Vermummung. Wer an einer Kundgebung sein Gesicht verbirgt, hat nichts Friedliches im Sinn – er will unerkannt Straftaten begehen. Deshalb muss gelten: Wer sich an einer Demonstration vermummt, wird verhaftet. Punkt.

Ausreden gibt es keine: Wer sich im Rahmen einer Demo hinter einer Schutzmaske, einer Halloween-Maske oder einem hochgezogenen Schal versteckt, ist vermummt. Punkt. Die Polizei muss solche Personen frühzeitig aus der Menge holen – bevor der erste Container brennt, nicht danach.

Strafen, die wirken – und zwar sofort

Wer einen Polizisten angreift, muss mit einer unbedingten Freiheitsstrafe von mindestens sechs Monaten rechnen. Dasselbe muss gelten für alle, die Rettungskräfte oder die Feuerwehr an ihrer Arbeit hindern. Bedingte Geldstrafen werden von Krawalltouristen nur belächelt; sie haben ihre abschreckende Wirkung längst verloren.

Der Gesetzgeber ist gefordert, das Strafgesetzbuch entsprechend zu verschärfen.

Ebenso entscheidend ist das Tempo. Eine Strafe, die erst nach zwei Jahren ausgesprochen wird, schreckt niemanden ab. Es braucht Schnellrichter: Bei angekündigten Lagen müssen Staatsanwaltschaft und Gerichte auf Pikett stehen, damit das Urteil der Tat auf dem Fuss folgt – innert Tagen, nicht Jahren. Dass in Zürich bereits zwei Randalierer zu unbedingten Freiheitsstrafen verurteilt wurden, zeigt: Es geht. Das muss die Regel werden, nicht die Ausnahme.

Ausländische Straftäter oder Doppelbürger sind unmittelbar nach Verbüssung der Strafe dauerhaft aus der Schweiz auszuweisen – Rückkehr ausgeschlossen, Härtefälle darf es in diesen Fällen nicht geben!

Man darf sogar noch einen Schritt weiter gehen. Wer im Schutz der Vermummung randaliert, setzt auf Anonymität. Warum also nicht die Namen der Verurteilten nach Rechtskraft des Urteils publizieren? Wer öffentlich zerstört, soll auch öffentlich dafür einstehen.

Rückendeckung statt Kritik von der Seitenlinie

Die Polizei muss endlich die Kompetenz erhalten, hart durchzugreifen. Das heisst: Klare Einsatzaufträge, die nötigen Mittel, ein konsequent durchgesetztes Vermummungsverbot – und Täter, die für Schäden und Einsatzkosten vollumfänglich aufkommen.

Vor allem aber braucht die Polizei Rückendeckung. Allzu oft stehen nach einer Krawallnacht nicht die Chaoten am Pranger, sondern die Einsatzkräfte. Jeder Gummischrot-Einsatz wird seziert, jede Festnahme hinterfragt. Wer so handelt, schwächt den Rechtsstaat und stärkt die Gewalttäter. Die politisch Verantwortlichen in Städten und Kantonen müssen sich unmissverständlich hinter ihre Polizei stellen – vor, während und nach dem Einsatz.

Für den 20. November sind bereits weitere Kundgebungen angekündigt. Die Zeit zum Handeln ist also jetzt, nicht nach der nächsten Krawallnacht. Die Bürgerinnen und Bürger, das Gewerbe und unsere Einsatzkräfte erwarten zu Recht, dass der Staat seine Kernaufgabe erfüllt: Die Sicherheit aller zu schützen. In der Schweiz muss das Recht gelten – nicht der Mob.

Andreas Glarner